

NATIONALRAT
Wintersession 2018

Fragestunde vom 10. Dezember 2018

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Finanzdepartement

18.5696 Pantani. Nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge

Die Kriminalität im Mendrisiotto hat zugenommen, es kommt zu nächtlichen Plünderungen von Geldautomaten in der Nähe kleiner Grenzübergänge, die die Delinquentinnen und Delinquenten einfach passieren können. Der Kanton hat Barrieren eingerichtet, die "bei Bedarf" geschlossen werden können.

Gedenkt der Bundesrat angesichts dieser Situation nun, meine Motion 14.3035 umzusetzen, um die Sicherheit von Personen und Eigentum in dieser Region zu verbessern?

18.5698 Romano. Die italienische Schweiz in den oberen Führungsebenen der Bundesverwaltung: Wird wirklich das Möglichste getan?

Die Bundesverwaltung dient dem gesamten Land und muss in der Lage sein, mit jedem Bürger und jeder Bürgerin aktiv in den Dialog zu treten. Die oberen Führungskräfte sind entscheidende Figuren, und eine gerechte Mischung der Sprachen und Kulturen sichert eine ausgeglichene Politik, die Minderheiten respektiert. Die Anzahl italienischsprachiger Führungskräfte aus der italienischen Schweiz war immer schon sehr gering. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass einige dieser Führungskräfte vor kurzer Zeit ihr Amt verlassen haben.

Was tut der Bundesrat und was gedenkt er zu tun, um die Präsenz von Führungskräften aus der italienischen Schweiz in der Bundesverwaltung sicherzustellen?

18.5699 Müri. Steuerliche Behandlung der indirekten Presseförderung

Die Steuerverwaltung hat bei grafischen Unternehmen, die in den Genuss der indirekten Presseförderung kommen, festgestellt, dass diese steuerlich nicht richtig abgerechnet wurde.

- Warum hat die Eidgenössische Steuerverwaltung erst jetzt die Anrechnungsmängel herausgefunden?
- Hat die Post die betroffenen Unternehmen falsch informiert?
- Welche Massnahmen können ergriffen werden, um die teilweise horrenden Nachzahlungen aufzufangen?

18.5704 Bourgeois. Eidgenössische Finanzkontrolle - Waffenexporte

Die Veröffentlichung eines ungeschwärzten Waffenexport-Berichts der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) stellt ihre Glaubwürdigkeit vor Parlament und Bundesrat erneut in Frage.

Daher stelle ich dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Hat die EFK beim Bundesanwalt Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet?

Wenn ja, wann werden Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen?

2. Wenn nein, welche konkreten Massnahmen sind vorgesehen, um die Glaubwürdigkeit der EFK wiederherzustellen?

18.5710 Schneider Schüttel. Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft

Die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK ist gemäss ihrem Bericht vom 3. Mai 2018 der Meinung, dass der Rückerstattungsmechanismus für die Mineralölsteuer veraltet ist. Ebenso steht die Rückerstattung im Widerspruch zum Subventionsgesetz SuG und zu gewissen internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Bereich Klimaschutz. Bis wann gedenkt der Bundesrat die Empfehlung der EFK umzusetzen und dem Parlament eine Gesetzesrevision vorzulegen?

18.5715 Steinemann. Haftung des Schweizer Treuhänders bei Mehrwertsteuer-Rückforderungen ausländischer Firmen

Ein ausländisches Unternehmen, das in der Schweiz nicht steuerpflichtig ist, kann für seine Schweizer Aufwendungen mittels Antragsformular die Schweizer MWSt zurückfordern. Viele ausländische Firmen tun dies via Schweizer Treuhänder. Letzterer kann indes kaum überprüfen, ob die Angaben der ausländischen Unternehmung insbesondere betreffend Jahresumsatz den Tatsachen entsprechen.

- Haftet der Schweizer Treuhänder für allfällige Falschangaben?
- Oder wie kann er ausfindig machen, dass die Angaben stimmen?

18.5719 Addor. Pensionierung von Mitarbeitenden der besonderen Personalkategorien: Welche Übergangsmassnahmen sind geplant?

Ohne die in meiner Interpellation 17.3883 dargelegten Erwägungen zu beachten, hat der Bundesrat beschlossen, dass Pensionsalter von Angehörigen der Berufsarmee und des Grenzwachtkorps sowie weiterer besonderer Personalkategorien an das der anderen Bundesangestellten anzupassen. Diese Massnahme berücksichtigt den besonderen Status des betroffenen Personals nicht.

Ist es - anstatt auf diese Massnahme zu verzichten - zumindest möglich, ihre Auswirkungen auf nach dem 1. Mai 2019 eingestellte Mitarbeitende zu begrenzen?

18.5731 Derder. Wann wird der Bundesrat eine Vorlage für die zeitlich unbeschränkte Verlustverrechnung präsentieren?

In seinem Bericht zur Abschreibung der Motion 13.4184 teilt der Bundesrat mit: "In Verbindung mit einer Mindestbesteuerung wird die zeitlich unbeschränkte Verlustverrechnung zusammen mit anderen Massnahmen vom EFD erneut geprüft."

- Wann wird der Bundesrat eine Vorlage unterbreiten, die in diese Richtung geht?
- Kann für den Fall, dass der Bundesrat die eventuelle Abstimmung über die Steuervorlage 17 (wahrscheinlich am 19. Mai 2019) abwarten will, im Sommer 2019 mit einer Vorlage gerechnet werden?
- Was sind die vorgesehenen "anderen Massnahmen"?

18.5735 Derder. Mitarbeiterbeteiligungsprogramme: schlechte Bewertung für die Schweiz. Wann wird der Bundesrat eine Änderung vorschlagen?

30 Gründerinnen und Gründer europäischer Start-ups fordern die europäischen Behörden (in einem offenen Brief) auf, Mitarbeiterbeteiligungsprogramme attraktiver zu gestalten. Sie haben in diesem Zusammenhang ein Ranking veröffentlicht, in dem die Schweiz schlecht abschneidet. Die Motion 17.3261, die das Parlament gerade angenommen hat, zeigt, dass die Schweiz in dieser Hinsicht mehr tun könnte.

- Wie gedenkt der Bundesrat die Motion umzusetzen?
- Angesichts der Dringlichkeit der Situation und der Tatsache, dass die Motion schon vor einiger Zeit eingereicht wurde: Was sind die nächsten Schritte und wann werden sie durchgeführt?

Departement des Innern**18.5691 Lohr. Offizielles Ärzte-Bashing auf Grund tendenziöser, veralteter Daten?**

Das BAG meldete kürzlich, die Einkommen der Ärzte in der Schweiz seien viel höher, als bisher vermutet. Die entsprechende Studie beklagen Ärzte als tendenziös und irreführend. Das BAG wolle so die Einkünfte der Ärzte aus der Grundversicherung senken. Das KVG verpflichtet Ärzte, ihre Einkommen offen zu legen. Sie tun dies seit 2015, das BFS wertet die Daten aus.

Wie genau begründet der Bundesrat die Tatsache, dass das BAG für seine Analyse nicht die offiziellen BFS-Daten benutzt?

18.5700 Steinemann. Rechtsstaatlichkeit der Skos-Richtlinien als Sozialhilfe-Basis durch Verordnung

Im Kanton Zürich basiert die gesamte Sozialhilfe auf einer Verordnungsbestimmung. Demzufolge sind Umfang, Höhe, Sanktionen, Auflagen, Massnahmen usw. (509 Mio. Fr. allein in Zürich) und alle diesbezüglichen Verfügungen der gesamten Sozialhilfe weiterhin nicht in der Kompetenz des Gesetzgebers. Lehre und Rechtsprechung fordern rechtsstaatlich genügende Grundlagen (z.B. EGMR und Sozialdetektive).

Ist eine Verordnungsnorm der gesamten Sozialhilferegeln eine rechtsstaatlich genügende Rechtsgrundlage?

18.5721 Schenker Silvia. Problematisch oder mehr? Weitergabe von Observationsmaterial an die Medien. Folge 2

Der Bundesrat stellt in der Antwort auf die Frage 18.5633 fest, das Verhalten von Herrn Dummermuth sei problematisch. Herr Dummermuth lässt via 10vor10 wissen, er würde wieder so handeln.

- Wie gedenkt der Bundesrat zu verhindern, dass Herr Dummermuth oder andere Verantwortliche einer Sozialversicherung Observationsmaterial an Medien weitergeben?
- Mit welchen Sanktionen hat Herr Dummermuth zu rechnen?
- Ist es nicht unhaltbar, dass der Bundesrat die rechtliche Beurteilung den Gerichten überlässt?

18.5722 Roduit. Ablehnung von Sozialhilfegesuchen: Anreize für die Einrichtung von kantonalen Ombudsstellen schaffen

Lehnt ein Kanton oder eine Gemeinde ein Sozialhilfegesuch ab, ist es der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller nur selten möglich, die Begründung des oft mündlich gefällten Entscheids nachzuvollziehen oder Beschwerde dagegen einzulegen, sofern dies gerechtfertigt ist. Eine Ombudsstelle würde zur Verminderung der Verfahren beitragen, da sich Personen, deren Sozialhilfegesuch abgelehnt wurde, an diese Stelle wenden können, um angehört und beraten zu werden.

Ist der Bund bereit, den Kantonen (finanzielle oder rechtliche) Anreize für die Einrichtung solcher Ombudsstellen zu geben?

18.5723 Glarner. Durch Asylbewerber und Wirtschaftsmigranten eingeschleppte Krankheiten

Aus unseren Nachbarländern ist zu hören, dass eine massive Zunahme von Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Hepatitis (A-E) und sogar Lepra festgestellt werden muss.

- Wie verhält es sich in der Schweiz?
- Werden eingeschleppte Infektionskrankheiten erfasst?
- Wenn ja: Aus welchen Ländern sind in den letzten 5 Jahren durch welche Staatsangehörige welche Krankheiten eingeschleppt worden?
- Wenn nein: Warum wird dies nicht erfasst?

18.5725 Rickli Natalie. Rückgabe von Pseudo-Antiquitäten an Ägypten durch Schweizer Kulturbeamte

Gemäss "Sonntagsblick" vom 2. Dezember 2018 leistete sich das Bundesamt für Kultur (BAK) die Peinlichkeit einer öffentlichen Zelebrierung der Übergabe von 26 polizeilich beschlagnahmten "Altertümern" an den ägyptischen Botschafter, von denen laut Experten mindestens 25 plumpe Fälschungen sind.

- Warum hat das BAK zuvor keine Kenner beigezogen?
- Wie viel kosteten die gesamten Aktivitäten?
- Welche Konsequenzen sind gegen die Verantwortlichen vorgesehen?
- Und welche Lehren zieht das BAK für die Zukunft?

18.5726 Heim. Implantat-Ausweis: Rückverfolgbarkeit des Implantats sichern

Die Schweiz steht bezüglich des Einsatzes an Implantaten international an der Spitze. Doch was das Qualitätsinstrument der Implantate-Register betrifft ist sie im Vergleich zu Australien, Schweden usw. im Hintertreffen. Umso wichtiger ist es, dennoch die Rückverfolgbarkeit von Implantaten zu sichern, z.B. indem die Implantat-Bezeichnung mit den nötigen Angaben im elektronischen Patientendossier oder in einem Implantat-Ausweis einzutragen sind.

Wie stellt sich der Bundesrat dazu?

18.5727 Heim. DRG als Fehlanreiz?

Das CE-Siegel garantiert zu oft und zu wenig Sicherheit und Qualität vor allem von Hochrisikoprodukten. Andererseits deckeln fixe Fallpauschalen den Kostenbeitrag/Eingriff, d.h. bei Implantat-Operationen indirekt den Kostenanteil an das Implantat.

Was sagt der Bundesrat zur Kritik, dass damit ein doppelter negativer Anreiz bestehen könnte

- a. billige, qualitativ fragwürdige, zu wenig erprobte Implantate einzusetzen?
- b. eine spätere Revision zu riskieren, weil diese dem Spital neue Einnahmen generiert?

18.5728 Heim. Kosten für das Gesundheitswesen wegen Korrektur-Eingriffen bei Implantatschäden

Laut dem Schweizerischen Implantat-Register SIRIS müssen im Schnitt 1,9 Prozent aller Hüftprothesen-Ops nach einem Jahr revidiert werden und bei Knie-Prothesen scheinen es 2 Prozent innerhalb von 2 Jahren zu sein.

- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass es nun auch für andere Risiko-Implantate schon nur aus Kostengründen ein Register braucht?
- Wie hoch ist, z.B. aufgrund von Krankenkassen-Daten, die jährliche Kostenlast aus Implantat Revisionen insgesamt einzuschätzen?

18.5732 Derder. Wann wird der Bundesrat in den Anlagevorschriften zur beruflichen Vorsorge eine neue Anlagekategorie für nichtkotierte schweizerische Anlagen einführen?

In seinem Bericht zur Abschreibung der Motion 13.4184 sagt der Bundesrat: "Der Bundesrat erteilt dem EDI den Auftrag, die Einführung einer neuen Anlagekategorie/Subkategorie von ungefähr 5 Prozent für nichtkotierte schweizerische Anlagen in den Anlagevorschriften der beruflichen Vorsorge zu prüfen. Die entsprechenden Investitionen würden damit aus der bisherigen Kategorie der alternativen Anlagen herausgelöst."

- Wann wird die Kategorie eingeführt?
- Wie sieht der Zeitplan aus?

18.5733 Derder. Warum lehnt der Bundesrat die Umsetzung der Motion ab, die ihn mit der Einrichtung eines "Zukunftsfonds Schweiz" beauftragt?

In seinem Bericht zur Abschreibung der Motion 13.4184 behauptet der Bundesrat: "Die Organisation und die (teilweise) Finanzierung eines Produktes durch den Staat waren nicht Bestandteil der Motion [Graber] [...]." Doch das Gegenteil ist der Fall; die Motion verlangt vom Bundesrat ausdrücklich, einen "Zukunftsfonds Schweiz zu initiieren".

- Hat der Bundesrat den Text der Motion uminterpretiert?
- Wenn ja, aus welchem Grund?
- Ist er der Meinung, den Auftrag des Parlaments zu erfüllen, wenn er sich so verhält?

18.5738 Kiener Nellen. Lobbytätigkeit und Arbeitszeit

A. Dummermuth, Direktor der Ausgleichskasse Schwyz, äussert sich regelmässig öffentlich zu politischen Fragen rund um die Sozialversicherungen, die Vollzugsprobleme bei weitem übersteigen. Dies hat er in der Frage der Observationsvorlage intensiv gemacht.

1. Wer bezahlt Herrn Dummermuths grossen politischen Einsatz?
2. Wird geprüft, ob Herr Dummermuths Lobbytätigkeit als Arbeitszeit abgerechnet wird oder nicht?
3. Ist das ein Fall, in dem die Aufsichtsbehörde tätig wurde oder werden sollte?

18.5740 Gugger. Heimliche Tabakwerbung in den sozialen Medien

Zwei Jahre lang haben US-Forscher die Tabakindustrie in den Sozialen Medien in über 40 Ländern verfolgt und dokumentiert. Dabei kommen sie zu folgendem Schluss: Die Tabakkonzerne treiben heimlich Werbung auf Social-Media-Kanälen. In den USA wurde nun Beschwerde gegen diese Werbung wegen Verletzung von Wettbewerbsbestimmungen eingereicht.

Was wird in der Schweiz unternommen, damit diese Art der Werbung, welche sich am Rande und teilweise schon jenseits der Legalität bewegt, zu unterbinden?

18.5745 Gysi. Problematisches Lobbying

Der Direktor der Ausgleichskasse Schwyz äussert sich öffentlich zu politischen Fragen rund um die Sozialversicherungen. Dazu lobbyiert er auch intensiv im Parlament.

1. Ist eine Vollzugsperson dazu als Sicht des Bundesrats legitimiert?
2. Ist es Aufgabe einer Ausgleichskasse sich in politisches Campaigning und Lobbying zu engagieren?
3. Ist Herr Dummermuth - ausserhalb von Vollzugsfragen - befugt, im Parlament zu lobbyieren?
4. Wie beurteilt der Bundesrat die Problematik der Rollenvermischung?

Justiz- und Polizeidepartement

18.5701 Steinemann. Entwicklung der eritreischen Sozialhilfeempfänger

Die Gemeinden sehen sich mit zunehmenden Sozialhilfekosten und -empfängern insbesondere aus Eritrea konfrontiert. Die Statistiken zeigen nur die Zahlen per 31. Dezember 2016, wonach insgesamt 31 526 Eritreer in der Schweiz von Sozialhilfe lebten, davon 7113 mit vorläufigen Aufnahmen, 8543 Asylsuchende und 10 457 Flüchtlinge in der Bundespauschale.

Wie hat sich die Zahl der eritreischen Sozialhilfebezüger jedes Jahr seit dem einladenden Urteil der Asylrekurskommission 2004 bis heute entwickelt?

18.5702 Steinemann. Fragen der Interpellation zur Strafbarkeit von Kesb-Gesprächen nicht beantwortet

Der Bundesrat hat 18.3857 nicht beantwortet, stattdessen ungefragte Handlungsempfehlungen abgegeben. In einem modernen Rechtsstaat müssen strafbare Handlungen definiert und der Staat in der Lage sein, seinen Bürgern klare Antworten über strafbares oder straffreies Verhalten zu geben.

Darum nochmals die Fragen:

1. Hat es schon mal eine Verurteilung gegeben, ja oder nein?
2. Handelt es sich um ein strafbares Verhalten, ja oder nein?
3. Ist die Behauptung des Rechtsanwaltes richtig, ja oder nein?

18.5744 Schwander. Kesb - Aufnahme von Gesprächen zur Beweissicherung

In der Stellungnahme zur Interpellation 18.3857 empfiehlt der Bundesrat, einen Anwalt, einen Rechtsbeistand oder eine Vertrauensperson beizuziehen. Aus Kostengründen hat eine Mehrheit der Betroffenen diese Möglichkeit nicht. Die Aufnahme von Gesprächen ist damit das einzige Mittel zur Beweissicherung.

1. Haben die Betroffenen das Recht, Gespräche aufzunehmen, wie bei der Beratung zum Kindes- und Erwachsenenschutz zugesichert?
2. Ist eine Aufnahme von Gesprächen strafbar?

18.5705 Bühler. Aufnahme von Flüchtlingen in Gruppen

Die Schweiz hat 3500 Flüchtlinge aufgenommen, und manche Leute hätten gern noch mehr davon.

- Kann der Bundesrat mich an seinen Erfahrungen in Bezug auf die 3500 Flüchtlinge, die sich schon in der Schweiz befinden, teilhaben lassen?
- Wie viele der 3500 Flüchtlinge befinden sich noch in der Schweiz?
- Sind einige verschwunden, oder haben einige die Schweiz verlassen?
- Wie viel hat die Integration der 3500 Flüchtlinge gekostet?
- Wie viele arbeiten, und wie viele sind von der Sozialhilfe abhängig?
- Werden auch Eritreerinnen und Eritreer als Teil der neuen Gruppen aufgenommen?

18.5706 Jans. Soll die Wiedergutmachung gegenüber den Fremdplatzierten an der Frist scheitern?

Es gab rund 250 000 Fremdplatzierte und administrativ Verwahrte. Bisher wurden nur etwa 9000 Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag eingereicht. Die Eingabefrist ist am 31. März 2018 abgelaufen.

- Wie gedenkt der Bundesrat mit den Ansprüchen jener betroffenen Personen umzugehen, die erst jetzt an den Bund gelangen bzw. gelangen möchten?
- Ist er bereit, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Betroffene auch nach Ablauf der Frist den Mut fassen können, ein Gesuch zu stellen?

18.5716 Steinemann. Transparenz betreffend den Entschädigungen an die Gratis-Anwälte

Kostenlose Rechtsbeistände prägen die Asylrevision. Konto A231.0152 sieht dazu 38,2 Millionen vor, es sind 23 000 Asylgesuche budgetiert. Unter der Annahme, dass wiederum 2/3 davon Spontananträge sind, benötigen 15 180 Personen Rechtsbeistand. Das wären 2516.50 Franken pro Person. Im Abstimmungskampf hat der Bundesrat 1400 Franken prognostiziert.

1. Wie viel kriegten die Anwälte?
2. Warum hat sich der Bundesrat einmal mehr getäuscht?
3. Wie ist die Differenz von 2516 zu 1400 Franken (im Testzentrum) zu erklären?

18.5718 Regazzi. Dashcams in Autos: Welchen rechtlichen Status haben sie?

Auch in der Schweiz gibt es immer mehr Videokameras, die im Auto angebracht sind und Videoaufnahmen erstellen, damit man im Fall von Geldbussen oder Strassenunfällen über Beweismittel zur eigenen Verteidigung verfügt.

Ich frage den Bundesrat:

- Ist der Gebrauch dieser Geräte rechtlich geregelt?

Wenn nein, hat der Bundesrat vor, aktiv zu werden?

- Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass diese Geräte ein Problem in Bezug auf den Schutz sensibler Daten darstellen?

- Welche rechtliche Bedeutung haben diese Aufnahmen, was die Polizei und die Versicherungen betrifft?

18.5720 Addor. Aufnahme von besonders verletzlichen Flüchtlingen: auch für Asia Bibi?

Die pakistanische Christin Asia Bibi, die erst wegen Blasphemie gegen den Islam zum Tode verurteilt und dann freigesprochen und freigelassen wurde, wartet noch immer darauf, Pakistan verlassen zu dürfen. Der Bundesrat hat im Rahmen eines Programms des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge beschlossen, im Jahr 2019 eine Gruppe von 800 "besonders verletzlichen" Flüchtlingen in die Schweiz aufzunehmen.

Sollte Asia Bibi ein Asylgesuch einreichen, ist der Bundesrat dann bereit, sie in diese Gruppe aufzunehmen?

18.5737 Arslan. Brand und prekäre Umstände in den Asylheimen

In der Nacht auf den 26. November 2018 sind beim Brand in der Solothurner Wengistrasse sieben Menschen gestorben, weil das Haus keine Brandschutzmassnahmen hatte. Auch seien allgemein die Umstände in den Asylheimen prekär und kaum menschenwürdig.

- Findet es der Bundesrat angemessen, dass Flüchtlingsunterkünfte ohne genügenden Brandschutzmassnahmen bewilligt werden?

- Was gedenkt er zu tun, damit solche Fälle in der Schweiz nicht mehr passieren und die prekären Umstände in den Asylheimen verbessert werden?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**18.5697 Gutjahr. Arbeitslosenkassen machen Gewinne auf Kosten der Versicherten**

Im Rahmen der Revision der Leistungsvereinbarung wird das Steuerungssystem zurzeit einer Prüfung unterzogen.

- Wann wird diese Leistungsvereinbarung unterzeichnet oder falls bereits geschehen, wann ist dies erfolgt?

- Gibt es grundlegende Änderungen, sodass pauschale Abrechnungen und demzufolge Gewinne nicht mehr möglich sind?

- Ist in der überarbeiteten Leistungsvereinbarung ein Passus, der die Kassen in Zukunft verpflichtet, die Zahlen offen zu legen, falls nein, weshalb nicht?

18.5714 Golay. Kündigung infolge der Weigerung, eine Lohnverminderung zu akzeptieren, und Bestrafung durch die Arbeitslosenversicherung

Oft wird Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen eine Änderung ihres Arbeitsvertrags vorgelegt, die eine Lohnverminderung beinhaltet. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) legt in Artikel 16 Buchstabe i fest, dass ein Lohn, der geringer ist als 70 Prozent des versicherten Verdienstes, unzumutbar ist. Akzeptiert ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin eine Lohnverminderung um 30 Prozent nicht, wird er oder sie durch die Arbeitslosenversicherung bestraft.

Ist dieser Satz von 30 Prozent angesichts der immer weiter steigenden Belastungen und der Verringerung der Kaufkraft der Schweizer Haushalte noch angemessen?

18.5724 Rickli Natalie. Anreize für Arbeitgeber, die ältere Arbeitnehmer einstellen

- Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, Anreize zu schaffen, damit Unternehmen mehr ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Ü50 einstellen?
- Welche Massnahmen schlägt er vor, damit diese Firmen für ihre Verantwortungskultur nicht durch höhere Sozialabgaben "bestraft" werden?
- Was meint er insbesondere zu:
 - a. einer steuerlichen Abzugsfähigkeit der höheren Sozialleistungen?
 - b. einer Übernahme der höheren Sozialleistungen durch die ALV?

18.5734 Derder. Wie steht es um die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretariat für Wirtschaft und dem Europäischen Investitionsfonds?

Im Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 13.4237 schreibt der Bundesrat, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft "zur Stärkung und Weiterentwicklung des Schweizer Venture Capital Marktes die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds (EFI)" prüft.

- Wie steht es um diese Möglichkeit der Zusammenarbeit?
- In welcher Form würde die Zusammenarbeit erfolgen?
- Ist ein ähnlicher Investitionsfonds für die Schweiz geplant?

18.5742 Dettling. Angriff auf die landwirtschaftlichen Einkommen mit der AP 22+

In der Vernehmlassung zur AP 22+ (S.42) hat der Bundesrat das Ziel, die Produzentenpreise im Inland, im Verhältnis zum Ausland, zu senken und somit das Einkommen der Landwirtschaft zu senken.

- Warum will der Bundesrat das Einkommen der Landwirte mit solchen Zielen kaputt machen?
- Ist er sich bewusst, dass beispielsweise Schweinefleisch vom Produzenten gratis abgegeben werden könnte und trotzdem im Laden teurer wäre als im Ausland?

18.5743 Ruppen. Selbsteinkellerer als Produzenten: Wie weiter?

Das Bundesamt für Landwirtschaft streicht den Selbsteinkellerern in der neuen Verordnung ab 1. Januar 2019 den Status als Produzenten. Das führt zu einer Gleichmacherei zwischen Importeuren und bodenverhafteten Produzenten. So werden diesen Produzenten die gleichen Anforderungen für Kontrolle und Kellerbuchhaltung auferlegt wie den grossen Importeuren.

Ist der Bundesrat bereit, hier wieder eine Unterscheidung zwischen Handel und Produzenten, die ausschliesslich Weine aus dem eigenen Anbau verkaufen, zu machen?

18.5747 Moser. Ernährungssicherheit: Folgt der Bundesrat den Empfehlungen der Finanzkontrolle (EFK) zur Kürzung von Subventionen?

Die EFK kommt in ihrem Bericht vom 25. Juni 2018 zum Schluss, dass wegen der neuen Grundsätze der Ernährungssicherheit verschiedene Subventionen gekürzt oder gestrichen werden müssten. Konkret für Produkte/Produktionsmethoden, die nicht nachhaltig und standortangepasst sind. Dies betrifft u.a. Bereiche der Tierzucht, Beihilfen der Viehwirtschaft und Absatzförderung.

1. Ist der Bundesrat bereit, die Empfehlungen der EFK umzusetzen?
2. Falls ja, wie und wann?
3. Falls nein, warum nicht?

18.5748 Cattaneo. EasyGov: künftige Entwicklungen?

Die im November 2018 veröffentlichte Studie zum Nutzen von EasyGov zeigt, dass KMU, die dieses vor einem Jahr eingeführte Portal verwenden, Kosten sparen und Zeit gewinnen. Jedoch sind die verfügbaren Leistungen begrenzt, das Portal ist vielen noch unbekannt und wird nur wenig genutzt.

- Welche weiteren Leistungsangebote werden in das Portal EasyGov integriert werden und wann wird das geschehen?
- Welche Massnahmen sind vorgesehen, um die Nutzung von EasyGov durch KMU voranzutreiben?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**18.5692 Grin. CZV-Fähigkeitsausweise: nicht ganz fair**

Bei Ablauf der Gültigkeitsdauer der ersten Fähigkeitsausweise der Kategorien D und D1 war es den Fahrzeugführerinnen und -führern möglich, einen neuen Fähigkeitsausweis zu erhalten, ohne der Weiterbildungspflicht von 35 Stunden innerhalb von fünf Jahren nachzukommen. Bei Ablauf der aktuellen fünfjährigen Gültigkeitsdauer ist es möglich, einen ersten und sogar einen zweiten Kurs ein zweites Mal für eine weitere fünfjährige Gültigkeitsdauer anrechnen zu lassen.

- Wie viele Fahrzeugführerinnen und -führer sind schweizweit von dieser ungleichen Behandlung betroffen?
- Werden Massnahmen ergriffen, um diese ungleiche Behandlung zu korrigieren?

18.5695 Quadri. Warum wird die Poststelle in Besso geschlossen?

Die Post hat entschieden, die Poststelle in Besso zu schliessen, obwohl die Nachfrage in diesem bevölkerungsreichen Quartier der Stadt Lugano sehr hoch ist. Der Entscheid ist in zweifacher Hinsicht unverständlich, wenn man an den geplanten, gross angelegten Ausbau des SBB-Bahnhofs denkt. Trotz der von der Bundesversammlung angenommenen Moratorien und noch vor dem Inkrafttreten der neuen Regeln schliesst die Post im Schnelldurchlauf eine Poststelle nach der anderen. Wird der Bundesrat eingreifen?

18.5703 Töngi. Wann kommt der Halbstundentakt Luzern-Bern?

Mit dem Ausbauschritt 2025 wurde ein Halbstundentakt zwischen Luzern und Bern beschlossen. Dessen Einführung hängt auch mit einem Ausbau Gümligen-Münsingen respektive Wankdorf zusammen. Gemäss Standbericht 2017 zum Bahninfrastrukturfonds ist für dieses Projekt eine Inbetriebnahme Horizont 2030 angegeben.

Werden die Passagiere aus Bern und Luzern bis nach 2030 auf den Halbstundentakt warten müssen oder wird der Halbstundentakt wie in Aussicht gestellt früher eingeführt?

18.5729 Vogler. Umweltverschmutzung durch Kunstrasen

Kunstrasenfelder führen zu einer erheblichen Verschmutzung der Umwelt mit Mikroplastik.

- Erkennt der Bundesrat diese Tatsache als Problem?
- Was gedenkt er dagegen zu tun?
- Erkennt er gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

18.5736 Pieren. Nitratprojekt Gäu

- Aus welcher Kasse/Topf und in welchem Umfang wird das Nitratprojekt Gäu vom Bund mitfinanziert?
- Falls es aus dem Agrarbudget finanziert wird, ist das nicht zweckentfremdet? Der Wert von 25mg NO₃/l ist sehr tief angesetzt.
- Ab welchem Wert ist eine Gesundheitsgefährdung wahrscheinlich?
- Wie werden Eintragsquellen ausserhalb der Landwirtschaft miteinbezogen und in die Verantwortung genommen wie z.B. Sportplätze, Golf- und Freizeitanlagen, Privat- und Schrebergärten, Wald und übrige Flächen?

18.5741 Dettling. SRG-Kosten Übertragung Bundesratswahlen vom 5. Dezember 2018

- SRG Generaldirektor Marchand hat nach der No Billag Abstimmung Veränderungen angekündigt. Man wolle 100 Millionen sparen mit einem Effizienzpaket. Bei der letzten Bundesratswahl vom 20. September 2017 waren mehr SRG Leute im Parlamentsgebäude anwesend als Parlamentarier.
- Wie viele SRG Mitarbeiter waren involviert rund um die Übertragung der Bundesratswahlen 2018?
 - Wie viele SRG Mitarbeiter waren in den zwei Tagen im Bundeshaus vor Ort?
 - Was hat die Übertragung total gekostet (inkl. Personal, Technik etc.)?

18.5746 Grin. Opera 3: Motion Wicki

- Der Bundesrat hat vor, die sogenannte Zweiphasenausbildung für junge Lenkerinnen und Lenker zu optimieren und das Mindestalter auf 17 Jahre herabzusetzen.
- Dazu:
1. Die Motion Wicki (18.3772) wurde von 30 Ständeratsmitgliedern mitunterzeichnet und im November der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates zur Detailberatung und zur Optimierung in Form einer Kommissionsmotion zugewiesen. Besteht der Bundesrat trotz dieser Motion auf der Herabsetzung des Mindestalters?
 2. Ist der Bundesrat trotz alledem bereit, sich über die Vorwirkung der Motion 18.3772 hinwegzusetzen?

Bundeskanzlei**18.5739 Ruppen. Im Abstimmungsbüchlein ist der Wurm drin**

- Im Abstimmungsbüchlein zum Umengang vom 25. November 2018 war der Wurm drin. Die Erläuterungen enthielten mehrere Fehler, die korrigiert werden mussten.
- Wie stellt sich der Bundesrat dazu?
 - Was unternimmt er, um das Qualitätsmanagement bei den Abstimmungserläuterungen zu verbessern?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**18.5693 Molina. Russland bei der Meerenge von Kertsch. Von der verdeckten Kriegsführung zur offenen Aggression**

Am 25. November 2018 griff Russland drei Schiffe der ukrainischen Marine bei der Meerenge von Kertsch im Schwarzen Meer an, beschoss diese und hielt sie fest. Zuvor hatte Russland ukrainischen Schiffen die Durchfahrt ins Asowsche Meer rechtswidrig verweigert, obwohl sie alle notwendigen Verfahren für den Transit eingehalten hatten.

- Schliesst sich der Bundesrat dem scharfen Protest G7 gegen diese Völkerrechtsverletzung an?
- Was unternimmt er, um der russischen Aggression entgegenzutreten?

18.5694 Molina. Raketen- und Drohnenangriffe der iranischen Revolutionsgarden gegen Ziele in Kurdistan-Irak

Die iranischen Revolutionsgarden haben am 8. September 2018 ein Lager von kurdischen Flüchtlingen und politischen Persönlichkeiten bei Koya bombardiert. Das Lager befindet sich innerhalb der Grenzen der offiziell anerkannten Region Kurdistan im Irak und ist 200 km vom Iran entfernt.

- Hat der Bundesrat der betroffenen Führung der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran sein Beileid ausgesprochen?
- Hat er die offensichtliche Völkerrechtsverletzung verurteilt?
- Was trägt er zur Deeskalation bei?

18.5707 Molina. Restituierung von Potentatengeldern: Änderung der Methode zwischen Kasachstan I und II

- Weshalb änderte der Bundesrat bei der Restituierung der Vermögenswerte im Fall Kasachstan II die Methode (Rückgabe via Weltbank) gegenüber der Restituierung der Kasachstan-I-Gelder?

- Ist er bereit, den regulären Revisionsbericht des Trust Funds der Weltbank sowie die erwartete Finanzprüfung zu veröffentlichen (vgl. Antwort auf Fragen 18.5668 und 18.5669)?

- Sieht er das Restituierungsprozedere der Kasachstan-II-Gelder als Modell für zukünftige Restituierungen?

18.5708 Molina. Rückgabe kasachischer Gelder an die Jugendorganisation von Nur Ortan: Verdacht auf Korruption

- Sind dem Bundesrat die Verdachtsmomente auf Korruption durch kasachische und internationale NGOs (namentlich der Bericht "Kristian Lasset and Thomas Mayne: A Case of Irresponsible Asset Return? The Swiss-Kazakhstan \$48.8 million, 2018.") bei der Rückgabe kasachischer Vermögenswerte an die Jugendorganisation von Nur Ortan (Fall Kasachstan II) bekannt?

- Wie beurteilt er diese?

18.5709 Wermuth. IKRK: Die Neutralität des IKRK ist in Gefahr. Muss die Schweiz nicht intervenieren?

Gemäss Medienberichten ist der Präsident des IKRK Mitglied des Boards des WEF. Gleichzeitig ist das IKRK offenbar hochproblematische Partnerschaften mit der Privatwirtschaft eingegangen, so mit Lafarge-Holcim in Syrien. Mehrere ehemalige und aktuelle Repräsentantinnen und Repräsentanten des IKRK haben auf die Gefährdung der Neutralität des IKRK durch die unkritische Nähe der aktuellen Führung zu multinationalen Konzernen hingewiesen.

Teilt der Bundesrat diese Befürchtungen?

18.5711 Sommaruga Carlo. Kasachstan: Wie reagiert der Bundesrat auf die Verletzungen der Menschenrechte?

Am 10. Mai 2018 fanden in Kasachstan friedliche Versammlungen gegen Folter und aus politischen Gründen verhängte Freiheitsstrafen statt. Der systematische Einsatz von Gewalt durch die Polizei führte zur Inhaftierung von mehr als 150 Personen. Danach wurde gegen mehr als 30 Personen ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie eine friedliche Oppositionsbewegung unterstützt hatten.

Hat der Bundesrat seiner Besorgnis in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte in Kasachstan Ausdruck verliehen?

18.5712 Sommaruga Carlo. Kasachstan: Menschenrechtsverteidigerin in Gefahr. Was unternimmt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten?

Kasachische Behörden haben ein Strafverfahren gegen die Menschenrechtsverteidigerin Elena Semenova eröffnet, nachdem sie sich mit europäischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern getroffen und ihnen Zeugenaussagen über Fälle von Folter in kasachischen Gefängnissen vorgelegt hat. Entgegen ihrer Behauptungen haben die kasachischen Behörden Elena Semenova die Ausreise verwehrt und sie so daran gehindert, an weiteren Treffen teilzunehmen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hat Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern verabschiedet. Was hat es in diesem Fall unternommen?

18.5713 Sommaruga Carlo. Ordentliches Vernehmlassungsverfahren und Rahmenkredite

Am 30. November 2018 hat der Bundesrat angekündigt, dass für den zukünftigen Rahmenkredit 2021-2024 für die internationale Zusammenarbeit ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden wird. Auch der Rahmenkredit für die Agrarpolitik 2022-2025 und der Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus wurden in die Vernehmlassung geschickt. Dennoch war das bei anderen Rahmenkrediten nicht der Fall.

Wird in Zukunft für alle Rahmenkredite ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden?

18.5717 Sommaruga Carlo. Saudi-Arabien: Welche Massnahmen wurden gegen die Verantwortlichen des Mordes am Journalisten Jamal Kashoggi ergriffen?

Der Mord an Kashoggi am 2. Oktober 2018 in Istanbul wurde von saudi-arabischen Behörden organisiert. 18 saudi-arabische Staatsangehörige wurden als Verantwortliche dieses Mordes identifiziert. Deutschland hat gegen diese Personen ein Einreiseverbot in den Schengen-Raum verhängt. Die USA haben die Vermögenswerte dieser Personen eingefroren.

- Hat die Schweiz nach diesem staatlich organisierten Mord konkrete Massnahmen gegen Saudi-Arabien ergriffen?
- Hat die Schweiz diesen 18 Saudi-Arabern die Einreise in die Schweiz verboten, selbst wenn sie über Diplomaten-Status verfügen?
- Hat die Schweiz die Vermögenswerte dieser Personen eingefroren?

18.5730 Tornare. Wie kann erreicht werden, dass die Côte d'Ivoire ein unabhängiges und unparteiisches Wahlorgan bekommt?

Am 28. September 2017 hat der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, dass die Côte d'Ivoire die in Artikel 17 der Afrikanischen Charta für Demokratie begründete Pflicht verletzt hat, ein unabhängiges und unparteiisches Wahlorgan einzurichten.

- Verletzt die Côte d'Ivoire noch immer ihre Pflicht, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf freie Beteiligung an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes zu schützen?
- Was unternimmt die Schweiz, um die Demokratie in diesem Land im Hinblick auf die Wahlen 2020 zu stärken?

Büro

18.5749 Dettling. Bundesratswahlen: SRG verdrängt die Kleinen?

Aufgrund der hohen Präsenz der SRG Mitarbeiter haben in der Vergangenheit andere Medienschaffende bei Bundesratswahlen keinen Zugang zum Bundeshaus erhalten.

- Wurde am 5. Dezember 2018 privaten Medienschaffenden der Zugang zum Bundeshaus verwehrt?
- Wie stellt der Bundesrat die Medienvielfalt auch für die Berichterstattung zu den Bundesratswahlen sicher?
- Gibt es eine Obergrenze für SRG Mitarbeitende die am Bundesratswahltag Zugang zum Bundeshaus erhalten?